Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 215. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 14. September 1927

Hurtig, hurtig, Herr Minister!

Durch die kürzlich erfolgte Tariferhöhung hatte sich die Reichspost recht unbeliebt gemacht, so unbeliebt, daß Gerüchte wissen wollten, ihr werde ihre weitgehende Selbständigkeit — Reichstag und Reichsregierung haben ja jetzt in ihr Geschäftsgebaren fast nichts hineinzureden — wieder genommen werden. Besonders wurde der Reichspost entgegengehalten, daß sie jetzt tatsächlich viel weniger leiste als früher, weil vielfach der Dienst gegenüber der Vorkriegszeit stark eingeschränkt sei, namentlich aber in den kleinen Städten und bei der Landbestellung auf die Bedürfnisse des Publikums viel zu wenig Rücksicht genommen werde. Dabei spielte nicht zuletzt auch die Regelung des Telephonverkehrs eine sehr erhebliche Rolle. In den Großstädten klagte man besonders über die Verspätung, mit der des Morgens die Post abgeliefert würde — kurz, es gab der Ausstellungen die Hülle und Fülle. Deswegen wirkte die Tariferhöhung fast verbitternd.

Der Reichspostminister will aber nun zeigen, daß er nicht nur mehr fordern kann, sondern auch mehr leisten will. Eine Einrichtung, die „dem Verkehr dient", muß aber auch mit der raschen Entwicklung des Verkehrs fortschreiten, sonst gerät sie — trotz ihres Monopolcharakters — bald ins Hintertreffen und verspürt das sehr rasch an ihren Einnahmen. Freilich soll und muß dabei gespart, unnötige Ausgaben sollen unbedingt vermieden werden — aber es ist doch ein gar zu großer Unterschied, wenn z. B. in Berlin vor dem Kriege am Tage eine achtmalige Postzustellung erfolgte, jetzt aber nur eine drei- bis viermalige! Verständig ist es, daß man jetzt Unterschiede machen, also in den Geschäftsgegenden häufiger die Post zustellen will als in den sonstigen Bezirken.

Auf dem Lande und in kleinen Städten aber will die Reichspost auch Verbesserungen einführen. Dort gibt es vielfach nur eine einmalige Zustellung und nun soll geprüft werden — hoffentlich dauert diese Prüfung nicht allzulange —, wo eine mindestens zweimalige Ortszustellung notwendig erscheint. Überhaupt die Landbestellung! Die Zeit des Postboten, der wie zu des seligen Generalpostmeister Stephans Zeiten einmal des Tages von Dorf zu Dorf seinen Bestellgang — der jedesmal eine erkleckliche Anzahl von Kilometern ausmachte — zu erledigen hatte, ist doch wirklich vorbei; schneller schreiten das Leben, der Güteraustausch und damit auch der postalische Verkehr vorwärts und die „Mechanisierung" dieses Verkehrs ermöglicht auch raschere Durchführung. An die Stelle des „Hinkenden Boten", wie der über hundert Jahre alte Titel des bekannten Lahrer Kalenders lautet, tritt jetzt der Briefträger auf Kraftfahrzeug, besonders auf dem Motorrad —, und das bedeutet nicht bloß eine Ersparnis an Zeit, Geld und Menschenkraft, sondern vor allem eine wirklich sehr notwendige Modernisierung und Beschleunigung des postalischen Verkehrs. Die Vorbedingungen dazu, nämlich weitgehende Verbesserungen des Straßennetzes, sind ja vorhanden; die Benutzung der Kraftfahrzeuge ermöglicht natürlich auch ohne weiteres die Erweiterung des Bestellbezirkes für den Landbriefträger, der hoffentlich recht bald hoch auf knatterndem Motorroß dahergebraust kommen wird. An die Stelle des Posthorns tritt die Hupe.

Mehr noch verspricht der Postminister. Unzählige Male ist gerade in den kleinen Städten es außerordentlich störend empfunden worden, daß zur Mittagszeit mehrere Stunden hindurch der Postbetrieb vollständig ruhte, dieses Verkehrsmittel stillstand. Jetzt soll das anders, soweit wie möglich ein durchgehender Schalterdienst eingerichtet werden — und das mit Recht. Denn auch auf dem Lande draußen, außerhalb der Großstädte, steht der Verkehr nicht still. Hoffentlich gilt die neue Bestimmung auch für die Vermittlung der Telephonanrufe, was eine besonders dringende Notwendigkeit darstellt. Man denke nur an etwaige telephonische Übermittlung von Telegrammen; bei den oft vorhandenen weiten Entfernungen spielen hier die Minuten häufig genug eine entscheidende Rolle.

Längst hat die Reichspost von der Beliebtheit und der allgemeinen Zufriedenheit, die sie sich unter des seligen Generalpostmeister Stephans Zeiten erworben hatte, viel eingebüßt; leicht aber kann sie sich durch das Bemühen, den Wünschen des Publikums einigermaßen gerecht zu werden, das verlorene Terrain wiedererobern. Jedes Staatsmonopol, dem der Stachel der Konkurrenz fehlt, trägt die Gefahr einer gewissen Verknöcherung, eines Zurückbleibens hinter dem Notwendigen in sich; es schadet dann viel mehr als es nützt und finanzielle Schwierigkeiten sind die baldige Folge, die man dann freilich allzu leicht durch Tariferhöhungen wettzumachen hofft. Verkehr, moderner Verkehr aber ist wirbelndes, strudelndes Leben und höchste Lebendigkeit, schnellste Anpassung an diesen raschen Fortschritt muß darum auch erste Eigenschaft einer Einrichtung sein, die dem Verkehr dient, soll sie ihm nicht zum Hemmschuh werden.

Hindenburg bei der Flotte

Marinemanöver 1927.

Parade vor dem Reichspräsidenten.

Wie alljährlich finden in diesen Tagen die Herbstmanöver unserer durch die Kriegsereignisse so wesentlich beschränkten Verteidigungskräfte zur See statt. Die Übungen stellen den Beschluß des Ausbildungsjahres dar. Von Anfang an war geplant, die Flottenübungen mit den Manövern der Truppen der II. Division auf Rügen zu verbinden, zumal zum ersten Male der Reichspräsident sein Erscheinen zugesagt hatte. Wegen der Abkommandierung von Truppen zur Erntebergung in Pommern sah man aber von diesen umfangreichen Plänen ab. Doch blieb man bei der Vorbereitung für eine

Flottenparade vor dem Reichspräsidenten.

Sie wird dem Reichspräsidenten, wie gesagt, zum erstenmal Gelegenheit geben, ein solches Schauspiel zu sehen. Bei früheren Besuchen in den Häfen von Wilhelmshaven und Kiel waren nur einzelne Kampffahrzeuge anwesend.

Uebungen in der Pommerschen Bucht.

Die Schiffe der Nordseestation liefen bereits vor einigen Tagen aus Wilhelmshaven aus, gingen durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Kiel, von wo aus sie sich zusammen mit den Ostseeschiffen in die Pommersche Bucht begaben. Dort wurden Verbandsübungen abgehalten. Der Verband besteht aus der Linienschiffdivision, deren erster Admiral der Flottenchef, Vizeadmiral Mommsen, und deren zweiter Admiral der Konteradmiral Prenzel ist: Linienschiffe „Schleswig-Holstein", „Schlesien", „Elsaß", „Hessen", und aus den Aufklärungsstreitkräften. Diese werden von dem Kapitän zur See und Kommodore v. Löwenfeld befehligt und umfassen die drei Kreuzer „Nymphe", „Berlin", „Amazone" und die Torpedoboote. Von den letzteren nehmen zwar die Boote der I., II. und III. Torpedobootshalbflottillen an der Flottenparade und den nachfolgenden Manövern teil, nicht aber die der IV. Torpedobootshalbflottille, die die in diesem Jahre nacheinander fertig gewordenen Torpedobootsneubauten aufnimmt, von denen bis jetzt vier in Dienst gestellt worden sind. Dafür wird jedoch eine Minenhalbflottille und vielleicht noch eine Tenderhalbflottille an der Parade teilnehmen.

Mittwoch trifft v. Hindenburg in Swinemünde ein, wo er sich an Bord des Flottenflaggschiffes „Schleswig-Holstein" einschifft. Für den Reichspräsidenten ist eine lange hölzerne Treppe errichtet worden, die von der Schanze über den hinteren Geschützturm zum Aufbaudeck führt, wo sich die für ihn hergerichteten Räume befinden.

•

Der Reichspräsident auf Rügen.

Festlicher Empfang.

Auf dem Bahnhof in Stralsund traf Reichspräsident von Hindenburg mit dem fahrplanmäßigen Zug ein. Er wurde vom Regierungspräsidenten Hausmann und dem Oberbürgermeister begrüßt. Auf dem Bahnhofsvorplatz, auf dem zahlreiche Vereine und Schulen Aufstellung genommen hatten, begrüßte der Reichspräsident die Altveteranen und zog vor allem den einzigen noch überlebenden Gardekürassier von der Kaiserproklamation in Versailles in ein Gespräch. Sodann fuhr er durch die Hauptstraßen zum Marktplatz, wo sich die städtischen Körperschaften versammelt hatten und wo der Bürgermeister den Reichspräsidenten willkommen hieß. Der Reichspräsident dankte für die Ehrungen und mahnte zur Einigkeit. Er ließ seine Worte ausklingen in ein Hoch auf das deutsche Vaterland. Die Stralsunder Wassersportvereine und Fischer sowie einige Flugzeuge geleiteten die Fähre, die den Reichspräsidenten nach Rügen brachte.

Beim Betreten der Insel Rügen begrüßte Landrat Mielenz in Altefähr den Reichspräsidenten, dem in allen Ortschaften, die er auf seiner Fahrt nach Putbus berührte, von der Bevölkerung lebhafte Kundgebungen dargebracht wurden. Drei Flieger begleiten den Reichspräsidenten bis zum Ziel. Vor Putbus überbrachten drei junge Mönchguterinnen in ihren Nationaltrachten eine Huldigung der Rügenschen Frauen und Mädchen. Über 100 Mitglieder Rügenscher Reitervereine erwarteten das Auto des Reichspräsidenten und geleiteten es durch den Ort. Im Ort selbst bildeten die Schulen, Sportvereine und Militärvereine Spalier. Vor dem Eingang zum Schloß erwartete die Fürstin von Putbus den Gast. Abends wurde im Schloß ein Festbankett abgehalten.

Deutschland fordert die Abrüstung.

Tagung der Ausschüsse in Genf.

Nach Vertagung der Vollversammlung des Völkerbundes haben die Ausschüsse ihre Arbeit sofort aufgenommen. Sie steht unter dem Druck des Bedürfnisses, bis zur nächsten Vollversammlung am Donnerstag mindestens die Generaldebatte über die ihnen zugewiesenen Gegenstände zu beendigen. Das Hauptinteresse nimmt der Abrüstungsausschuß in Anspruch, in dem das deutsche Delegationsmitglied Graf Bernstorff betonte, daß die Aufgabe

John D. Rockefeller junior,
der zum Ausbau der Völkerbundbibliothek zwei Millionen Dollar stiftete.

der geplanten Abrüstungskonferenz nicht die Begrenzung, sondern die Herabsetzung der Rüstungen sei. Nachdem Deutschland, so sagte Graf Bernstorff, vollkommen abgerüstet ist, handelt es sich darum, daß die allgemeine Abrüstungsverpflichtung auch von allen anderen Staaten durchgeführt wird. Was den Zeitpunkt der nächsten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses betrifft, so bestand Graf Bernstorff darauf, daß diese Tagung noch im Laufe dieses Jahres abgehalten werde. Ohne das Vorliegen eines gemeinsamen Textes des vorbereitenden Abrüstungsausschusses können weder die Verhandlungen der Regierungen noch die öffentliche Meinung wirksam auf die Abrüstungskonferenz hinarbeiten.

Im ersten Ausschuß, der die Rechtsfragen behandelt, drehte es sich um die Frage, ob die Annahme eines Völkerbundabkommens unter Vorbehalt der Ratifikation bei Nichtherbeiführung der Ratifikation rechtsverbindlichen Charakter annehmen kann, und ferner um die Frage der fortschreitenden Kodifizierung des internationalen Rechts. Im zweiten Ausschuß, in dem zunächst die Angelegenheit der internationalen geistigen Zusammenarbeit und des Pariser Instituts zur Erörterung standen, nahmen eine Reihe von Rednern das Wort, darunter auch als deutscher Vertreter der Abgeordnete Dr. Breitscheid. Er sprach von den Beziehungen der einzelnen Mächte zu dem Pariser Institut, für welchen Zweck in Berlin in Kürze ein deutsches Verbindungsbureau eröffnet werde, von der Förderung des Studenten- und Professorenaustauschs durch Deutschland und kam dann auf das Urheberrecht zu sprechen. Bei der Forderung nach Vereinheitlichung der Schutzfrist für die Werke Verstorbener trat er für die dreißigjährige Schutzfrist ein.

•

Unterredung Stresemanns mit Woldemaras.

Zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras hat in Genf eine Aussprache stattgefunden. Die Unterredung, die längere Zeit dauerte, bezog sich auf die Memeler Vorgänge und die mit dem Memelgebiet zusammenhängenden Streitfragen.

Noch keine Ruhe in Litauen.

Kriegszustand im ganzen Lande?

Die Verfolgung der Aufrührer von Tauroggen und ihrer Gesinnungsgenossen wird fortgesetzt. Sie dehnt sich allmählich über das ganze Land aus. Es sollen bereits einige hundert Personen in Haft sein. Einer der Führer des Putsches, das frühere Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des ehemaligen litauischen Sejm, Mikulski, ist auf dem Gut Monkischki bei dem Ort Kalkenai erschossen worden. Er hatte sich in einer Scheune des Gutes verbarrikadiert und verteidigte sich mit der Schußwaffe.

Auch in Olita, südlich von Kowno an der Memel gelegen, ist ein Putschversuch unternommen worden, und zwar von den sozialdemokratischen Abgeordneten im ehemaligen Seim Vlezkaitis und Paplauskas

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF